S 60 Ar 1986/96

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sachgebiet Arbeitslosenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze -

Normenkette

1. Instanz

Aktenzeichen S 60 Ar 1986/96

Datum 29.01.1997

2. Instanz

Aktenzeichen L 4 AL 49/97 Datum 20.10.2000

3. Instanz

Datum -

Die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 29. Januar 1997 wird zurļckgewiesen. Die Beklagte hat der KlĤgerin auch die Kosten des Berufungsverfahrens zu erstatten. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Streitig ist die Höhe des Bemessungsentgeltes für das der Klägerin ab 24. Januar 1996 zustehende Arbeitslosengeld â∏ Alg -. Vorrangig geht es dabei darum, ob das Ende des Bemessungszeitraumes für das Alg, das die Klägerin zuletzt vor ihrer eine neue Anwartschaft begründenden Tätigkeit im Rahmen einer ABM bezogen hat, mehr als drei Jahre zurückliegt und eine fiktive Bemessung des erzielbaren Arbeitsentgeltes vorzunehmen ist.

Die 1937 geborene, nicht verheiratete Klägerin absolvierte von 1952 bis 1955 eine Lehre als DamenmaÃ□schneiderin sowie von 1959 bis 1962 eine Ausbildung als Modegestalterin an der Ingenieurschule fþr Bekleidungsindustrie Berlin. AnschlieÃ□end war die Klägerin im erlernten Beruf tätig, u.a. von Mai 1981 bis 30. Juni 1990 als Gestalterin fþr Trikotagen beim Modeinstitut der ehemaligen DDR, wo sie zuletzt einen wöchentlichen Bruttodurchschnittslohn von 345,25 DM

erzielte.

Ab 19. Juli 1990 bezog die Kläagerin Alg, unterbrochen durch ein Heilverfahren mit älbergangsgeld vom 9. Juli bis 6. August 1991 (29 Kalendertage) sowie durch von der Beklagten gefä¶rderte berufliche Bildungsmaälnahmen vom 11. Dezember 1991 bis 5. Juni 1992 (elektronische Text-Bild-Verarbeitung ohne Abschluss) und vom 14. September 1992 bis 4. Februar 1993 (Computergrafik mit Abschlussprä¼fung), während derer die Kläagerin Unterhaltsgeld âll Uhg âll erhielt, das zuletzt nach einem wä¶chentlichen Bemessungsentgelt von 710,- DM gewährt wurde. Vom 5. Februar bis 8. Mäarz 1993 (32 Kalendertage) bezog die Kläagerin Krankengeld. Aufgrund der hierdurch erworbenen neuen Anwartschaft gewährte die Beklagte der Kläagerin ab 9. Mäarz 1993 Alg nach dem zuletzt maälgeblichen wä¶chentlichen Bemessungsentgelt von 710,- DM, das zum 9. September 1993 auf 820,- DM dynamisiert wurde.

Vom 10. Januar 1994 bis 9. Dezember 1995 war die Klägerin mit Unterbrechung im Rahmen einer ABM mit Qualifizierung zur Sozialberaterin beim W. F. Bildungswerk gGmbH tätig, wobei sie vom 6. September 1994 bis 30. September 1995 arbeitsunfähig war und vom 1. Oktober bis 9. Dezember 1995 nach dem Hamburger Modell beschäftigt wurde. Laut Arbeitsbescheinigung bezog sie vom 1. März bis 31. August 1994 bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 28,5 Stunden Arbeitsentgelt von monatlich durchschnittlich 2.474,29 DM (insgesamt 14.845,71 DM), im Anschluss daran vom 7. September 1994 bis 23. Januar 1996 Krankengeld.

Am 5. Januar 1996 meldete sich die KlĤgerin mit Wirkung zum 24. Januar 1996 arbeitslos und beantragte die Wiederbewilligung des Alg. Die Beklagte gewänte ihr das Alg zunĤchst vorlĤufig mit Bescheid des Arbeitsamtes VI Berlin vom 13. Februar 1996 antragsgemäÃ∏ ab 24. Januar 1996 mit einer Anspruchsdauer von (312 + 57) 369 Tagen nach einem wA¶chentlichen Bemessungsentgelt von 610,-DM und sodann mit ̸nderungsbescheid vom 4. März 1996 ab Beginn nach einem wA¶chentlichen Bemessungsentgelt von 880,- DM. Hierbei legte die Beklagte ein von der KlĤgerin als Designer/Layouter im Bereich Mode erzielbares Entgelt entsprechend Vergütungsgruppe V a BAT-Ost in Höhe von monatlich 3.833,24 DM zugrunde. Der wĶchentliche Leistungssatz betrug 319,20 DM (Leistungsgruppe A, allgemeiner Leistungssatz, Leistungstabelle 1996). Den hiergegen gerichteten Widerspruch der Klägerin, die geltend machte, dass ihre noch tägtigen Berufskollegen nach BAT-Ost Vgr. IV b vergütet würden, wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 21. Mai 1996 als unbegründet zurück. Die Klägerin habe durch ihre BeschĤftigung im Rahmen einer ABM bis 9. Dezember 1995 einen neuen Anspruch auf Alg erworben. Das Arbeitsentgelt im Bemessungszeitraum, hier vom 1. MÃxrz bis 31. August 1994, habe monatlich 2.474,93 DM betragen. Vor der ABM habe die Klägerin Alg bezogen. Der letzte Tag des dafür maÃ∏geblichen Bemessungszeitraumes sei der 30. Juni 1990 gewesen, so dass die Neubewilligung nicht nach dem bisherigen Bemessungsentgelt, sondern gemĤÃ∏ § 112 Abs. 5 Nr. 4 Satz 2, Abs. 7 Arbeitsförderungsgesetz â∏∏ AFG â∏∏ aufgrund des erzielbaren fiktiven Arbeitsentgeltes vorzunehmen sei. Dies sei unter billiger Berücksichtigung des von der KlĤgerin ausgeĽbten Berufes, ihrer Ausbildung, ihres Alters und der Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes eine Vergütung entsprechend

Vergütungsgruppe V b BAT-Ost.

Mit der am 21. Juni 1996 erhobenen Klage hat die Klägerin ihr Begehren weiterverfolgt, Alg nach einem höherem Bemessungsentgelt zu erhalten und geltend gemacht, dass ihr durch die ABM kein Nachteil einstehen dürfe und Alg nach dem zuletzt maÃ∏gebenden Bemessungsentgelt gewährt werden müsse, das nach Dynamisierung mit wöchentlich 990,- DM zugrunde zu legen sei. Im Ã∏brigen mþsse auch eine fiktive tarifliche Einstufung nach den einschlägigen Tarifverträgen für die Textil- und Bekleidungsindustrie unter Berücksichtigung ihres beruflichen Werdeganges höher erfolgen.

Die Beklagte hat vorgetragen, dass die KlĤgerin bei ihrer letzten Arbeitslosmeldung im Hinblick auf ihre in der ABM erworbene Qualifizierung zur Sozialberaterin eine TĤtigkeit im sozialpĤdagogischem Bereich angestrebt habe und die dafĹ⁄₄r in Betracht kommende Vergù⁄₄tung nach Vergù⁄₄tungsgruppe V a BAT-Ost gù⁄₄nstiger sei als eine unter Berù⁄₄cksichtigung der langen Arbeitslosigkeit und des Alters der Klägerin in der Modebranche bestenfalls in Betracht kommende Vergù⁄₄tung.

Mit Urteil vom 29. Januar 1997 hat das Sozialgericht antragsgemäÃ∏ die Beklagte unter ̸nderung der angefochtenen Bescheide verurteilt, der Klägerin Alg ab 24. Januar 1996 nach einem wĶchentlichen Bemessungsentgelt von 990,- DM zu gewähren und die Berufung â∏ wegen grundsätzlicher Bedeutung der Rechtssache â∏∏ zugelassen. In den Entscheidungsgründen, auf die wegen der Einzelheiten Bezug genommen wird, hat das Gericht im Wesentlichen sinngemĤÃ∏ ausgeführt, die zulässige Klage sei begründet. Der Klägerin stehe dem Grunde nach ab 24. Januar 1996 ein Anspruch auf Alg nach einem wäßnchentlichen Bemessungsentgelt von 990,- DM zu. Das Alg betrage gemäÃ∏ <u>§ 111 Abs. 1 Nr. 2</u> AFG für Arbeitslose ohne berücksichtigungsfähiges Kind 60 v.H. des um die gesetzlichen AbzÃ1/4ge, die bei Arbeitnehmern gewöhnlich anfallen, verminderten Arbeitsentgeltes, das der Arbeitslose im Bemessungszeitraum durchschnittlich in der Woche erzielt habe. Der Bemessungszeitraum umfasse gemĤÃ∏ § 112 Abs. 2 AFG die beim Ausscheiden des Arbeitnehmers abgerechneten LohnabrechnungszeitrĤume der letzten sechs Monate der die Beitragspflicht begründenden Beschäftigungen vor der Entstehung des Anspruches, in denen der Arbeitslose Arbeitsentgelt erzielt habe. Hiernach ergebe sich aus dem erzielten monatlichen Bruttoarbeitsentgelt von 2.474,93 DM wÄxhrend der ABM ein wöchentliches Bemessungsentgelt von 570,- DM. Nach <u>§ 112 Abs. 5 Nr. 4 AFG</u> sei nach einer Beschägftigung im Rahmen einer ABM aber mindestens das gegebenenfalls dynamisierte Arbeitsentgelt zugrunde zu legen, nach dem zuvor u.a. Alg berechnet worden sei. Hierdurch würden die Nachteile vermieden, die Arbeitslose durch Aufnahme einer Beschägftigung im Rahmen einer niedrig bezahlten ABM erleiden würden. Abweichend davon sei nach Satz 2 der Vorschrift, die nach Auffassung der Beklagten eingreife, mindestens das Arbeitsentgelt nach § 112 Abs. 7 AFG, d.h. das künftig erzielbare tarifliche Arbeitsentgelt, zugrunde zu legen, wenn der letzte Tag des für den bisherigen Anspruch maÃ∏gebenden Bemessungszeitraumes bei Entstehung des neuen Anspruchs lĤnger als drei Jahre zurückliege. Zum Zeitpunkt der Entstehung des Anspruchs auf Alg ab 24. Januar

1996 habe zwar der letzte Tag des für den Alg-Anspruches ab 19. Juli 1990 ma̸gebenden Bemessungszeitraumes länger als drei Jahre zurückgelegen. Für den der ABM-Beschäftigung vorausgehenden Anspruch auf Alg ab 9. März 1993 seien aber die letzten sechs Monate des Uhg-Bezuges bis zum 4. Februar 1993 der maÄngebende Bemessungszeitraum gewesen, von dessen Ende bis zum 24. Januar 1996 noch nicht mehr als drei Jahre vergangen gewesen seien. Die Anwartschaft für den Alg-Anspruch ab 9. MÃxrz 1993 habe die KlÃxgerin durch die einer die Beitragspflicht begrļndenden BeschĤftigung gleichstehenden Zeiten des Heilverfahrens vom 9. Juli bis 6. August 1991, des Uhg-Bezuges vom 11. Dezember 1991 bis 5. Juni 1992 und vom 14. September 1992 bis 4. Februar 1993 sowie des Krankengeldbezuges vom 5. Februar bis 8. MÃxrz 1993 im Umfang von insgesamt 383 Kalendertagen erworben. Da Arbeitsentgelt in diesen Zeiten nicht bezogen worden sei, seien sie an sich für die Bemessung des Alg nicht zu berücksichtigen. <u>§ 112 Abs. 5 Nr. 8 AFG</u> sehe jedoch für die Zeit, in der der Arbeitslose wegen der Teilnahme an einer Bildungsma̸nahme Uhg bezogen habe, eines Sonderregelung insoweit vor, als bei der Feststellung des Arbeitsentgeltes im Sinne von § 112 Abs. 1 und 2 AFG das Arbeitsentgelt zugrunde zu legen sei, nach dem bei Teilnahme an der Maà nahme mit Ganztagsunterricht das Uhg zuletzt bemessen worden sei oder zu bemessen gewesen wĤre. Diese Bemessungsregelung führe nach der Rechtsprechung des BSG zu einer Verschiebung des Bemessungszeitraumes insofern, als dieser jetzt durch den Bezug des Uhg bestimmt werde. Bezieher von Uhg sollten wie ErwerbstÄxtige behandelt werden. Dementsprechend sei bei der hier streitigen Bemessung des Alg vom wA¶chentlichen Bemessungsentgelt von 710,- DM auszugehen, welches zuletzt dem Uhg zugrunde gelegen habe. Dieses sei gemäÃ∏ <u>§ 112 Abs. 5 Nr. 4 Satz 1 AFG</u> so zu dynamisieren, als wenn die KlĤgerin wĤhrend der ABM arbeitslos geblieben wÃxre und Alg bezogen hÃxtte, welches aufgrund weiterer Dynamisierungen entsprechend dem von der Beklagten festgesetzten Dynamisierungsstichtag ab 9. September 1994 auf 930,- DM und ab 9. September 1995 auf 990,- DM zu dynamisieren gewesen wĤre.

Gegen das ihr am 24. MÃxrz 1997 zugestellte Urteil hat die Beklagte am 11. April 1997 Berufung eingelegt. Sie ist der Auffassung, dass für die Berechnung der Drei-Jahres-Frist des <u>§ 112 Abs. 5 Nr. 4 Satz 2 AFG</u> der letzte Tag des ursprünglichen Bemessungszeitraumes maà gebend sei, auch wenn das darin erzielte Arbeitsentgelt einem nachfolgenden Bemessungszeitraum zugeordnet worden sei. Auch wenn der einer ABM-TÄxtigkeit vorausgehende Alg-Anspruch auf Zeiten mit Uhg-Bezug beruhe, sei nicht von einem eigenstĤndigen Bemessungszeitraum mit Arbeitsentgelt auszugehen; Anpassungsstichtag bleibe hierbei der für die Bemessung des Uhg maÄngeblich gewesene Anpassungsstichtag, d.h. im vorliegenden Fall der 30. Juni 1990. Das BSG habe entschieden, dass die GewÄxhrung von Alg nach dem Bezug von Uhg keine andere Berechnung einer Drei-Jahres-Frist nach dem Ende des ursprļnglichen Bemessungszeitraumes zur Folge habe. Die vom Sozialgericht zitierte Rechtsprechung des BSG gelte nur für Alg-Neubemessungen nach Uhg-Bezug. Im Falle der KlÄzgerin komme daher § 112 Abs. 5 Nr. 4 Satz 2 AFG zur Anwendung. Die vorgenommene Einstufung gemĤÄ∏ § 112 Abs. 7 AFG nach Vergütungsgruppe V a BAT-Ost sei nicht zu beanstanden.

Die Beklagte beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 29. Januar 1997 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Die KlĤgerin beantragt,

die Berufung zurÄ¹/₄ckzuweisen.

Sie hält das erstinstanzliche Urteil für zutreffend.

Die Beteiligten haben Fotokopien von Unterlagen aus dem einen ähnlich gelagerten Fall betreffenden Revisionsverfahren â∏ B 7 AL 24/99 R â∏ (vgl. Bl. 57 â∏ 60 Gerichtsakte) erhalten.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts wird auf die von den Beteiligten gewechselten SchriftsĤtze nebst Anlagen sowie auf den sonstigen Akteninhalt Bezug genommen. Die die KlĤgerin betreffenden Leistungsakten der Beklagten zur Stamm-Nr. â\[\] haben vorgelegen und sind Gegenstand der mýndlichen Verhandlung gewesen.

Entscheidungsgründe:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung der Beklagten ist bereits kraft Gesetzes zuläxsig, so dass es der Zulassung durch das Sozialgericht nicht bedurft hätte. Die Beklagte wendet sich gegen die Verurteilung durch das erstinstanzliche Urteil zur Gewährung von Alg nach einem Bemessungsentgelt von wäßchentlich 990,- DM statt 880,- DM, wobei die Anspruchsdauer ab 24. Januar 1996 369 Tage beträxgt. Damit sind laufende Leistungen fä 1 4r mehr als ein Jahr im Streit (vgl. ŧ 144 Abs. 1 Satz 2 SGG), deren Häßhe zudem 1.000,- DM Ä 1 4berschreitet, denn der Leistungssatz differiert in der maäßebenden Leistungsgruppe A nach der Tabelle 1996 um wäßchentlich (348,60 DM â 1 319,20 DM =) 29,40 DM, leistungstäxglich 4,90 DM, was bei 369 Leistungstagen â 1 310 ohne Berä 1 4cksichtigung von Dynamisierungen oder Anpassungen an die neue Leistungstabelle 1997 â 1 310 einen Beschwerdewert von rd. 1.800,- DM ergibt (vgl. ŧ 144 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGG).

Die Berufung ist jedoch nicht begründet.

Das angefochtene Urteil ist nicht mit Erfolg zu beanstanden.

Das Alg beträgt gemäÃ∏ § 111 Abs. 1 Nr. 2 AFG in der hier maÃ∏gebenden Fassung des Gesetzes vom 15. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1824) fþr Arbeitslose ohne berþcksichtigungsfähiges Kind â∏ wie die Klägerin â∏ 60 v.H. des um die gesetzlichen Abzþge, die bei Arbeitnehmern gewöhnlich anfallen, verminderten Arbeitsentgeltes (§ 112 AFG). Arbeitsentgelt in diesem Sinn ist gemäÃ∏ § 112 Abs. 1 AFG das Arbeitsentgelt, das der Arbeitslose im Bemessungszeitraum durchschnittlich in der Woche erzielt hat. Der Bemessungszeitraum umfasst gemäÃ∏ § 112 Abs. 2 AFG die beim Ausscheiden

des Arbeitnehmers abgerechneten Lohnabrechnungszeiträume der letzten sechs Monate der die Beitragspflicht begrÃ⅓ndenden Beschäftigungen vor der Entstehung des Anspruches, in denen der Arbeitslose Arbeitsentgelt erzielt hat. Hiernach ergäbe sich aus dem im Bemessungszeitraum vom 1. März bis 31. August 1994 laut Arbeitsbescheinigung monatlich durchschnittlich erzielten Arbeitsentgelt von 2.474,29 DM ein wöchentliches Bemessungsentgelt von â∏gerundet â∏∏ 570,- DM (2474,29 DM x 3: 13).

Da es sich bei dieser BeschĤftigung der KlĤgerin im Bemessungszeitraum um eine ABM gehandelt hat, ist das fĽr ihren Alg-Anspruch ab 24. Januar 1996 maÄ□gebende Arbeitsentgelt nach der Sondervorschrift des ŧ 112 Abs. 5 Nr. 4 AFG festzustellen. Nach Satz 1 dieser Vorschrift ist fÃ⅓r die Zeit einer BeschĤftigung, die im Rahmen einer ABM nach den §Â§ 91 bis 96 AFG â□□ wie vorliegend â□□ gefördert worden ist, mindestens das Arbeitsentgelt zugrunde zu legen, nach dem das Alg â□¦ zuletzt bemessen worden ist; liegen die Voraussetzungen des § 112 a Abs. 1 AFG vor, so ist das erhöhte Arbeitsentgelt zugrunde zu legen. DemgegenÃ⅓ber ist nach Satz 2 der Vorschrift in eine PrÃ⅓fung des fiktiv erzielbaren Entgeltes nach § 112 Abs. 7 AFG einzutreten, wenn der letzte Tag des fÃ⅓r den bisherigen Anspruch maÃ□gebenden Bemessungszeitraumes bei Entstehung des neuen Anspruchs länger als drei Jahre zurÃ⅓ckliegt. Dem Sozialgericht ist darin beizupflichten, dass die letztgenannte Vorschrift entgegen der Auffassung der Beklagten im Falle der Klägerin nicht anwendbar ist.

Bisheriger Anspruch im Sinne des § 112 Abs. 5 Nr. 4 Satz 2 AFG ist der Anspruch auf Alg, der der KlĤgerin ab dem 9. MĤrz 1993 zustand. Die Anwartschaftszeit für den damals entstandenen Alg-Anspruch hatte die Klägerin durch das Heilverfahren mit ̸bergangsgeldbezug vom 9. Juli bis 6. August 1991 (29 Kalendertage), den Unterhaltsgeldbezug vom 11. Dezember 1991 bis 5. Juni 1992 (178 Kalendertage) und vom 14. September 1992 bis 4. Februar 1993 (144 Kalendertage) sowie den Krankengeldbezug vom 5. Februar bis 8. MÄxrz 1993 (32 Kalendertage), mithin durch Zeiten im Umfang von insgesamt 383 Kalendertagen erworben, die gemĤÄ∏ <u>§ 107 Satz 1 Nr. 5 a, d AFG</u> den Zeiten einer die Beitragspflicht begründenden Beschäftigung gleichstehen. Da Arbeitsentgelt in diesen Zeiten nicht bezogen worden ist, sind sie an sich für die Bemessung des Alg nicht zu berücksichtigen. § 112 Abs. 5 Nr. 8 AFG sieht jedoch für die Zeit, in der der Arbeitslose wegen der Teilnahme an einer BildungsmaÄ∏nahme Unterhaltsgeld bezogen hat, eine Sonderregelung â∏ nur â∏ insoweit vor, als bei der Feststellung des Arbeitsentgeltes im Sinne von <u>§ 112 Abs. 1 und 2 AFG</u> das Arbeitsentgelt zugrunde zu legen ist, nach dem bei Teilnahme an der Ma̸nahme mit Ganztagsunterricht das Unterhaltsgeld zuletzt bemessen worden ist oder zu bemessen gewesen wĤre. Ziel dieser Vorschrift ist es, Bezieher von Unterhaltsgeld wie Erwerbstätige zu behandeln (Urteil des BSG vom 22. Juli 1982 â∏∏ 7 RAr 107/81 -). Somit lag dem Alg-Anspruch der KlAzgerin ab 9. MAzrz 1993 zwar ein Bemessungsentgelt zugrunde, das letztlich auf dem Arbeitsentgelt beruhte, das sie bei ihrer letzten regulĤren BeschĤftigung bis zum 30. Juni 1990 erzielt hatte. Dies hat rechtssystematisch jedoch nicht zur Folge, dass der Bemessungszeitraum für diesen damals neu entstandenen Alg-Anspruch â∏∏ wie beim vorherigen â∏∏ am 30. Juni 1990 endete (auch wenn die Beklagte dieses Datum als

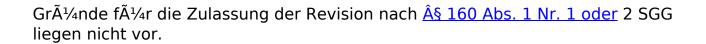
Dynamisierungsstichtag beibehalten hat). Rechtssystematisch umfasste der Bemessungszeitraum vielmehr regulär nach § 112 Abs. 2 Satz 1 AFG (in der bis zum 31. Dezember 1993 geltenden Fassung) die Zeit vom 1. November 1992 bis 4. Februar 1993 mit dem Bezug der letzten mindestens 60 Kalendertage Unterhaltsgeld (vgl. Urteil des BSG vom 1. April 1993 â□□ 7 RAr 68/92 â□□ in SozR 3-4100 § 112 Nr. 13 S. 57), das insofern wie Arbeitsentgelt angesehen wird. Damit war der 4. Februar 1993 der letzte Tag des dem Alg-Anspruch ab 9. März 1993 zugrunde liegenden Bemessungszeitraumes.

Die von der Beklagten zur Begründung ihrer Berufung vorgetragene Auffassung, dass nach der zitierten BSG-Rechtsprechung Zeiten im Sinne des <u>§ 112 Abs. 5 Nr. 8 AFG</u> nur bei Neubemessungen des Alg nach Unterhaltsgeld-Bezug Zeiten des Bemessungszeitraumes im Sinne des <u>§ 112 Abs. 2 AFG</u> seien, dürfte mit der Rechtsauffassung des BSG nicht übereinstimmen.

Grundlage des Vergleiches, den die Beteiligten in dem durchaus Ĥhnlich gelagerten Verfahren â∏ B 7 AL 24/99 R â∏ (dem ein Berufungsurteil des erkennenden Senats vorausgegangen war) am 11. Mai 2000 geschlossen haben, war der rechtliche Hinweis des BSG, dass bei dem Alg-Anspruch, den die dortige Klägerin vor dem neuen Alg-Anspruch durch eine ABM-Tätigkeit u.a. aufgrund des Vorbezuges von Unterhaltsgeld erworben hatte, lediglich hinsichtlich des Arbeitsentgeltes gemäÃ□ <u>§ 112 Abs. 5 Nr. 8 AFG</u> auf die â□□Höheâ□□ des zuvor bezogenen Unterhaltsgeldes zurļckzugreifen sei. Hinsichtlich des Bemessungszeitraumes sei fraglich, ob auf einen vor dem Unterhaltsgeld-Bezug liegenden Tag zurļckgegriffen werden kĶnnte. Das BSG geht damit ersichtlich auch bei einer derartigen Fallgestaltung davon aus, dass sich der Bemessungszeitraum im Grunde nicht verschiebt (vgl. Schreiben des Berichterstatters an die Beklagte vom 23. MÄxrz 2000, das den hiesigen Beteiligten zur Kenntnis gegeben worden ist). Der erkennende Senat schlie̸t sich dieser Rechtsauffassung nach eigener Ä\|\text{berpr\tilde{A}}\|\text{fung im vorliegenden Verfahren an. Die gegenteilige Auffassung wird der gesetzlich gewollten Privilegierung der Bezieher von Unterhaltsgeld wie auch der im Rahmen einer ABM anwartschaftsbegrA¼ndend BeschĤftigten nicht gerecht.

Liegt nach alledem im vorliegenden Fall der letzte Tag des für den vorherigen Alg-Anspruch der Klägerin maÃ∏gebenden Bemessungszeitraumes bei Entstehung des neuen, hier in Rede stehenden Alg-Anspruches noch nicht drei Jahre zurück, scheidet eine fiktive Neubemessung nach § 112 Abs. 5 Nr. 4 Satz 2, Abs. 7 AFG aus. Vielmehr ist nach Satz 1 der Vorschrift das Bemessungsentgelt maÃ∏gebend, nach dem die Klägerin zuletzt vor Eintritt in die ABM Alg bezogen hat, nämlich wöchentlich 820,- DM. Durch die vom Sozialgericht zutreffend angeführten Dynamisierungen zum 9. September 1994 und 9. September 1995 ergibt sich fÃ⅓r den Alg-Anspruch der Klägerin ab 24. Januar 1996 ein wöchentliches Bemessungsentgelt von 990,- DM.

Die Kostenentscheidung beruht auf $\frac{\hat{A}\S 193 \ SGG}{193 \ SGG}$ und folgt dem Ergebnis in der Hauptsache.



Erstellt am: 11.08.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024